



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE PARLAMENTSWAHLEN 2015

- **ANALYSE**
Wie viel »Budapest« liegt in Warschau?
Eine Wahl zugunsten radikaler Veränderungen 2
Radosław Markowski, Warschau
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Ergebnisse der Sejm- und Senatswahl 2015 6

- **CHRONIK**
20. Oktober 2015 – 9. November 2015 11

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT



Forschungsstelle
Osteuropa

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Wie viel »Budapest« liegt in Warschau?

Eine Wahl zugunsten radikaler Veränderungen

Radosław Markowski, Warschau

Zusammenfassung

Die Wahlen zum Sejm und zum Senat der Republik Polen am 25. Oktober 2015 führten zu einer grundlegenden Änderung der politischen Landkarte. Die Koalition aus *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und *Polnischer Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), die über zwei Legislaturperioden (2007–2015) hinweg – ein Stabilitätsrekord in der jungen polnischen Demokratie – eine Regierung bildete, wurde in die Opposition verbannt, abgelöst von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), der es gelungen ist, die absolute Mehrheit der Sitze im Sejm zu erlangen und erstmals nach 1989 eine Alleinregierung zu bilden, auch wenn sich bei einer Wahlbeteiligung von gut 50 Prozent *de facto* nur knapp 19 Prozent aller wahlberechtigten Polen für *PiS* ausgesprochen haben. Erstmals seit 1989 wird keine linke Partei im Sejm vertreten sein, denn weder ein linkes Parteienbündnis mit der *Demokratischen Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) an der Spitze noch die neu entstandene, von ambitionierten jungen Menschen getragene Partei *Gemeinsam* (*Razem*) zogen ins Parlament ein. Gründe für das schlechte Abschneiden der *PO* sieht der Autor in ihrem farblosen Wahlkampf, ihrer unentschlossenen Haltung gegenüber brennenden Problemen in der polnischen und europäischen Politik und in der schlichten Unterschätzung ihres politischen Gegners. *PiS* dagegen sei es gelungen, viele Wähler mit unrealistischen Wahlversprechen zu ködern und in der europäischen Flüchtlingskrise die Angst vor den Fremden und das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit im Land für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Wie viel »Budapest« liegt in Warschau? Diese Frage stellen sich gegenwärtig nicht nur die polnischen Beobachter des politischen Lebens, sondern auch viele Kommentatoren im Ausland. Eine recht wichtige Frage, denn sie betrifft auch die allgemeinen Trends in Europa als Ganzem. Lässt sich auch der undemokratische, anti-liberale Kurs der Regierung eines einzelnen EU-Mitgliedslandes noch bagatellisieren, stellt dies doch bei einem weiteren Land, das wirtschaftlich und zahlenmäßig fast viermal so stark ist, schon ein gewichtigeres Problem dar. Beginnen wir jedoch mit der wesentlichen Feststellung: So sehr »Budapest« auch das Recht hat, sich in Budapest seit dem Jahr 2010 zu offenbaren, zumal sich Ungarn in der gesamten Posttransformationphase im Vergleich zu den anderen Ländern der Region, insbesondere zu Polen, recht langsam entwickelt hat, so sehr zeigt sich »Budapest« in Warschau doch eher ohne offenkundige Gründe – mit Sicherheit nicht aus wirtschaftlichen: Polen hat sich in den letzten acht Jahren unter der Regierungskoalition aus liberal-konservativer *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und agrarischer *Polnischer Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) am schnellsten in Europa entwickelt. Der kumulative Anstieg des Bruttoinlandsprodukts betrug 24 Prozent, die Inflation ist niedrig und unter Kontrolle, die Arbeitslosenquote fiel gerade in den einstelligen Bereich, der Human Development Index (HDI) entwickelt sich hervorragend, die Lebenserwartung steigt und im Juni wurde das von der EU seit 2009

gegen Polen geführte Verfahren wegen übermäßiger Verschuldung des öffentlichen Haushalts eingestellt. All dies schien auf einen leichten Wahlsieg der Regierungskoalition hinzuweisen, der ersten Koalition, die zwei ganze Wahlperioden bestanden hatte und deren Zusammenarbeit sich als vorbildlich bezeichnen lässt. Zu diesem Wahlsieg kam es allerdings nicht, das Verdikt der Wähler fiel anders aus, so dass Polen in den kommenden vier Jahre von einer Partei regiert werden wird, deren ideologische Identität nicht leicht zu fassen ist, denn sie besteht aus einer Mischung aus Traditionalismus (im kulturellen Bereich), Populismus (im Bereich der Wirtschaft) und Nationalismus. Wie kam es nun dazu? Die Gründe für den Sieg von *quasi* drei rechten Parteien – *de facto* einer Koalition – mit *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) an der Spitze, müssen gleichermaßen im Wahlverfahren, im enormen Engagement der Aktivisten und der Firmen, die eine gut durchdachte Wahlkampagne organisiert haben, sowie in rein politischen Gründen gesucht werden, wobei letztere meiner Meinung nach keine Schlüsselbedeutung hatten.

Der Wähler stimmt für radikale Veränderungen

Beginnen wir mit der Kommentierung des Wahlergebnisses. In den internationalen Medien wurde darüber diskutiert, dass in Polen diejenige Partei, um deren demokratische Tugenden viele bangen, die allgemeine Unterstützung der Polen erhalten habe. Wie sieht es aber

in Wirklichkeit aus? 37,6 Prozent Unterstützung für *PiS* bei einer Wahlbeteiligung von 51 Prozent bedeutet, dass sich knapp 19 Prozent der wahlberechtigten Polen durch Wahl für *PiS* ausgesprochen haben. Anders betrachtet, haben es 81 Prozent der Polen aus unterschiedlichen Gründen nicht für angebracht gehalten, diese Partei zu unterstützen, sei es aus dem Grund, dass sie für eine andere Partei gestimmt haben, oder dass sie das Angebot von *PiS* nicht ausreichend attraktiv fanden, um an einem schönen Sonntag Zeit zu investieren und diese Partei auf dem Weg zur Macht zu unterstützen. Um es klar zu sagen: *PiS* hat die Wahlen eindeutig gewonnen und hat die unbestrittene Legitimation, das Land zu regieren. Auf der anderen Seite stellt sich die angeblich so große Unterstützung der Polen in absoluten Zahlen anders dar. Im Ergebnis steht *PiS* die Regierungsverantwortung zu, aber das Vorhaben, die konstitutionelle Ordnung des Landes zu ändern, steht ihr keineswegs zu. Hierfür bedürfte es einer deutlich größeren gesellschaftlichen Unterstützung, und auch die Verfassung legt klar fest, welche parlamentarischen Verhältnisse notwendig sind, um das System zu ändern. Die Wahlergebnisse lassen sich aber auch als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem aktuellen System interpretieren, denn außer für *PiS* stimmten die Polen für zwei weitere Gruppierungen, die radikale Veränderungen wollen, nämlich für *Kukiz '15* und *KORWiN* – insgesamt erhielten diese drei Parteien über die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Wären diese drei zusammen im Parlament vertreten (*KORWiN* verfehlte die Fünf-Prozent-Hürde), hätten sie zwar immer noch nicht die konstitutionelle Mehrheit von mehr als 307 Mandaten, sie könnten aber bereits versuchen, die Verfassung zu ändern. Es wäre allerdings sehr zweifelhaft, dass sie sich auf gemeinsame Ziele einigen könnten, außer dem, in Polen ein Präsidialsystem einzuführen.

Verluste im gemäßigten Zentrum

Das Lager des gemäßigten Zentrums besteht vor allem aus der *Bürgerplattform* und aus der Partei *Die Moderne* (*Nowoczesna*), die aus der Unzufriedenheit mit den Unterlassungen in der Politik der *PO* hervorging, mit dem Wunsch, eine liberalere Wirtschaftspolitik in Polen zu entwickeln. Die Daten der Befragungen vor den Wahllokalen zeigen, dass über zwei Drittel der Wählerschaft von *Die Moderne* *PO*-Wähler aus dem Jahr 2011 sind. In aller Verkürzung kann man sagen, dass *Die Moderne* ein Programm lanciert, das dem der *PO* in ihrer Entstehungsphase 2001 sehr ähnlich ist. Nicht zufällig wurde ihr auch zahlenmäßig eine ähnliche Unterstützung zuteil. Das Problem solcher (wirtschafts)liberalen Parteien in einem konservativen Land besteht darin, dass die Unterstützung für sie gewöhnlich bei bis zu 15 Prozent liegt; keine von ihnen war in den 25 Jahren der Posttrans-

formationsphase imstande, diese Marke zu überwinden. Zum gemäßigten Zentrum gehört auch die agrarisch fokussierte *PSL*, der bisherige Koalitionspartner der *PO*. Ihr Wahlergebnis erlaubt ihr den Einzug ins Parlament mit einer eher symbolischen Repräsentation von 16 Abgeordneten. Es ist ihr schlechtestes Ergebnis seit dem demokratischen Umbruch und erweist sich insofern als sehr wichtig, als es zeigt, dass die Rivalität zwischen der *PSL* und *PiS* auf dem Land ein Nullsummenspiel war – was die eine Partei gewonnen hat, hat die andere verloren. Auf dem Land hat sich der Sieg der (Koalition von) *PiS* über die Koalition aus *PO* und *PSL* entschieden. Das schwache Ergebnis der *PSL* ist recht erstaunlich, da sie tief in der ländlichen Bevölkerung verwurzelt ist und sie außerdem in ihrem Wesen und in ihren Beziehungen zu ihrer Wählerschaft eine Klientelpartei ist. Das Jahrzehnt der Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union war eine Dekade des Geldflusses aus der EU nach Polen, insbesondere in die polnische Provinz und aufs Land, also zu den polnischen Landwirten. Die *PSL* hat in den vergangenen Jahren alles daran gesetzt, dass der Landwirt den trügerischen Eindruck gewann, dass die Gelder, die er erhält, EU- und *PSL*-Gelder sind. Dieses Mal allerdings hat das polnische Dorf den Versprechen von *PiS* geglaubt, dass man aus der Europäischen Union mehr Geld herauspressen und sich noch schneller entwickeln könne. Die Botschaft der *PiS* in ihrem Wahlkampf auf dem Land war außerordentlich aggressiv und suchte die in ökonomischen Dingen wenig bewanderte ländliche Bevölkerung davon zu überzeugen, dass ihr schweres Los nicht so sehr das Ergebnis der historischen Rückständigkeit der polnischen ländlichen Gebiete und der prozeduralen Schwierigkeiten, Gelder zu erhalten, sei, sondern das Ergebnis der zielgerichteten Handlungen der liberal-kosmopolitischen Elite, die den polnischen Landwirten gegenüber feindlich eingestellt sei. Jetzt warten einige Millionen Landbewohner auf eine rasche Verbesserung ihres Schicksals.

Das gemäßigte Zentrum der polnischen politischen Bühne hat noch eine weitere Partei verloren, die *Demokratische Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*). Sie hatte dieses Mal beschlossen, als Parteienbündnis mit mehreren anderen linken Gruppierungen in den Wahlkampf zu gehen. Es fehlte nicht viel (0,45 Prozent) für den Einzug ins Parlament. Tatsächlich wird in den kommenden vier Jahren keine Partei mit einem ausgeprägt linken Programm vertreten sein, denn auch die neu entstandene, von ambitionierten jungen Menschen organisierte Partei *Gemeinsam* (*Razem*) ereilte das Schicksal, den Einzug in den Sejm zu verfehlen. Die Politik erträgt keine Lücken – es sieht also so aus, dass eine der Zentrumsparteien die Interessen des linken Spektrums wird vertreten müssen. Doch obwohl ein Teil des

Wirtschaftsprogramms der *PiS* recht gut die Erwartungen von Menschen mit linken Präferenzen widerspiegelt, ist letztlich nicht klar, ob und welche Versprechen *PiS* tatsächlich halten wird. Diese Zweifel werden aus den Erfahrungen der Jahre 2005 bis 2007 genährt, als *PiS* die Parlamentswahlen unter dem Motto »Solidarismus« (im Gegensatz zu »Liberalismus«) gewonnen und versichert hatte, dass eine Priorität ihrer Regierung soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und die Umverteilung des Reichtums in Richtung der weniger wohlhabenden sozialen Schichten sei. In der Realität wurden nicht viele der Versprechen in der zweijährigen Regierungszeit umgesetzt.

Auch die *PSL* könnte sich ausgewählter Aspekte linker Erwartungen im wirtschaftlichen Bereich annehmen, insbesondere was die soziale Sicherheit der Landbevölkerung angeht, und in gewissem Sinne auch *Kukiz '15*, andererseits ließ letztere kein kohärentes Wirtschaftsprogramm verlauten. Dagegen gibt es im künftigen Parlament niemanden, der geneigt wäre, die soziokulturellen Werte der Linken zu verteidigen. Denn auch wenn die *PO* und *Die Moderne* sich mit Sicherheit einem Rückfall in den religiösen Fundamentalismus und fremdenfeindlichen Botschaften entgegenstellen und sich gegen die offene Ablehnung anderer Denk- und Lebensstile wehren werden, besteht doch in den polnischen politischen Eliten eine große Angst vor der katholischen Kirche, wovon auch die Politiker dieser beiden Parteien nicht frei sind. Diese Mutmaßungen betreffen die ersten ein, zwei Jahre nach der Wahl, für die Zeit danach lassen sich dann mutigere Hypothesen über die Vertretung aufgeklärter oder linker Werte durch die *PO* und *Die Moderne* vertreten.

Über die Dynamik in den Wahljahren 2014 und 2015

Alle diskutieren heute darüber, wie der Sieg von *PiS* zu verstehen sei. Mir scheint, dass man eher versuchen muss, die Niederlage der *PO-PSL*-Koalition zu erklären, denn für Politologen ist es eine unumstößliche Tatsache, dass Regierungen bei solchen guten Wirtschaftsdaten eigentlich nicht verlieren. Blicken wir also auf das Jahr 2014 zurück, als zuerst die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfanden und einige Monate später die Wahlen auf Selbstverwaltungsebene. Erstere zeitigten einen nur knappen Sieg der *PO* über *PiS*, aber das Wahlergebnis von *PO* und *PSL* zusammen ließ ihre Mehrheit als garantiert erscheinen. Die Wahl des Europäischen Parlaments wird in der Politikwissenschaft wegen ihres geringen Gewichts und der Intransparenz für die Wählerschaft allerdings als »Wahl zweiter Klasse« bezeichnet, was bei niedriger Wahlbeteiligung kleinen und oppositionellen Parteien immer einen Vorsprung verschafft. Kurz gesagt, wird die Wahl zum Europäischen Parlament als Gelegenheit betrachtet, der Regierung die

»gelbe Karte« zu zeigen und seine Unzufriedenheit und Erwartungen an eine bessere Regierungstätigkeit in der Zukunft zum Ausdruck zu bringen. Diese kontrollierte Bestrafung der eigenen Partei fällt umso leichter, als die Wahl als wenig wichtig beurteilt wird und nur wenige sich mit ihren Ergebnissen auseinandersetzen.

Anschließend, im Herbst 2014, fanden die Selbstverwaltungswahlen statt, in denen – gemessen an der Unterstützung der Wähler – *PiS* zwar nur unwesentlich gewonnen hat, die *PO* aber mehr Mandate in den Landtagen der Woiwodschaften erlangte und die Regierung in den 50 größten Städten Polens übernahm. Diese beiden Wahlen führten also zu einem »unentschieden«.

Im Jahr 2015 begann der mehrmonatige Wahlkampf für das Amt des Staatspräsidenten. Der Amtsinhaber, Bronisław Komorowski, erfreute sich sehr großen Vertrauens in der Bevölkerung und erreichte in den Umfragen gewöhnlich um die 70 Prozent, so dass die einzige Frage zu sein schien, ob er im ersten Wahlgang wiedergewählt würde oder ob ein zweiter Wahlgang nötig sei. In dieser Situation entschied sich der Vorsitzende von *PiS*, Jarosław Kaczyński, der sich keiner Niederlage aussetzen wollte, den wenig bekannten *PiS*-Politiker Andrzej Duda zur Wahl zu stellen, der aber bereits über einige Praxiserfahrungen als Unterstaatssekretär in der Präsidentenkanzlei in den Jahren 2005 bis 2010 verfügte. Dabei war das Ziel von *PiS*, mit Hilfe von Duda das bestmögliche Ergebnis zu bekommen. Ihr Wahlkampf wurde außerordentlich präzise geplant, die Stimmung der Polen hervorragend diagnostiziert und die Bereitschaft, Versprechungen jedweder Art zu machen, durch nichts gehemmt. Hier sei nur erwähnt, dass nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten die von Duda gegebenen Versprechen zirka 300 Milliarden Zloty kosten würden, während sich die von Komorowski in den Grenzen von 30 Milliarden bewegen würden – ein vielsagender Unterschied. Die *PO* engagierte sich zu Beginn des Wahlkampfes nicht für den amtierenden Präsidenten, sei es aus dem Gefühl heraus, dass der Erfolg Komorowskis sicher sei, sei es aus Angst vor seiner zu starken Position im Falle eines Sieges im ersten Wahlgang. Als Duda begann, in den Meinungsumfragen deutlich zuzulegen, war es bereits zu spät. Komorowskis Niederlage löste eine Lawine aus – aber in der Demokratie liegt das Recht auf der Seite der statistischen Mehrheit. Kurz und gut: Die Niederlage Komorowskis war so unerwartet wie unbegründet – im Sinne einer fehlenden substantiellen Grundlage. Allerdings gab es Verfahrensgründe, eine gewisse Arroganz gegenüber bestimmten Problemen, die Unterschätzung der politischen Gegner und schließlich die Unfähigkeit, das eigene Amt einzusetzen und die Vision der Kandidatur als parteigebundene, von der *PO* unterstützte, einzubringen.

Gründe für den Wechsel

Regierungswechsel nach Wahlen haben in den postkommunistischen Ländern fast ein universelles Muster. Polen stellte da keine Ausnahme dar; die Regierung aus *PO* und *PSL* war die erste, die länger als vier Jahre regierte. Einerseits regieren in dieser jungen Demokratie die Parteien und Regierungskoalitionen nicht unbedingt in Übereinstimmung mit den Präferenzen der Wähler, andererseits – und das ist meiner Meinung nach wichtiger – haben wir es hier mit einem nicht allzu reifen Staatsbürger zu tun. Dieser Bürger fordert von den Politikern viel, er bewertet ihre Handlungen äußert kritisch und gleichzeitig versteht er nicht vollständig die Kausalzusammenhänge in der komplizierten Maschinerie der heutigen Welt. Mehr noch, dieser Bürger scheint sich von den Versprechen der Parteien verführen zu lassen, er hält sie unkritisch für realistisch, um nach anschließender bitterer Enttäuschung die Politiker noch inadäquat zu beurteilen. Bei den aktuellen Parlamentswahlen in Polen war es ähnlich. Die Oppositionspartei, die teilweise auf tatsächlich ungelöste Probleme reagierte (Stichwort Gesundheitswesen, Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen, Wohnungskredite usw.) und sich zum Teil auf ausgedachte Geschichten stützte (Smolensk, »das Land in Trümmern«, Korruption der Regierung), drängte dem potentiellen Wähler die Erzählung von der großen Wende auf, die sich auf großartige Versprechungen stützte (Kindergeld, kostenlose Medikamente für Rentner, Erhöhung des Mindestlohns, Senkung des Renteneintrittsalters usw.). Es hat sich gezeigt, dass das wirkte. Auf der anderen Seite war der Wahlkampf der Regierungsparteien schwach und farblos, er berücksichtigte nicht die Stimmungen in der Gesellschaft und vor allem war er nicht in der Lage, die Argumente von *PiS* zu widerlegen. *PO* und *PSL* reagierten auch nicht auf die inhaltlich-fachliche Kritik von Parteien wie *Die Moderne*, ebenso wenig wie sie die destruktive, radikale Narration von Paweł Kukiz für sich auszunutzen verstanden.

Von Bedeutung für den Wahlkampf waren auch die globale Krise, insbesondere die Flüchtlingskrise und die Europäische Union selbst sowie die fehlende Vision, wie unser Kontinent in Zukunft aussehen soll. Und obgleich die Polen immer noch, im Vergleich zu anderen Europäern, sehr europabegeistert sind, ist doch ein Körnchen Unruhe mit Blick auf die Führungsrollen von Brüssel, Berlin und Paris gesät worden. Die Regierung und die *PO* zeigten sich gegenüber den Migranten sehr unentschlossen, *PiS* dagegen zeigte sein fremdenfeindliches Gesicht, indem sie nicht nur gegen die auferlegte Quote protestierte, sondern auch mit dem Argument des Verlustes von Arbeitsplätzen und der Bedrohung der kulturellen Identität Polens erschreckte sowie – Anlass

zur Scham – mit dem Argument des *PiS*-Vorsitzenden, dass der Nation eine epidemiologische Gefahr drohe. In Polen, mit einer sowohl ethnisch als auch religiös homogenen Gesellschaft, sind die täglichen Erfahrungen mit Migranten ziemlich begrenzt, daher erwies sich das Schüren von Ängsten mit Hilfe der Fremden als wirksam, obwohl wir in der jüngsten Vergangenheit konfliktfrei mit der Aufnahme von fast 100.000 tschechischen Flüchtlingen zurechtgekommen sind und darüber hinaus mehr als eine halbe Million Ukrainer, die in Polen arbeiten, unter uns leben. Allerdings sind die täglichen Erfahrungen mit Fremden, mit denen wir kooperieren und die wir akzeptieren, etwas anderes als die politisch aufgeladenen Manipulationen gegenüber dem abstrakten Fremden.

Von allen Seiten drängen nun Fragen hervor, was all dies für die Demokratie in Polen bedeutet und ob eine Gefahr für sie besteht. Viele sehen Parallelen zwischen den Plänen von *PiS* und den Reformen von Viktor Orbán in Ungarn, angefangen von der Beschränkung der Autonomie der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) über die Verringerung der Bedeutung des Verfassungsgerichts bis zur Absicht, die frei und fair verlaufenen Selbstverwaltungswahlen vom Herbst 2014 in Frage zu stellen. Das sind die Vorhaben nach innen. In der Außenpolitik kann man, wenn man die Ankündigungen ernst nimmt, höchstwahrscheinlich eine deutlich größere Distanz gegenüber der EU erwarten. Nicht ohne Grund gehört *PiS* zusammen mit den britischen und tschechischen Konservativen zum europaskeptischen Parteienspektrum im Europäischen Parlament, mit starken antideutschen Akzenten. Was allein unsere Außenpolitik von anderen EU-skeptischen Konservativen deutlich unterscheiden wird, sind die Antipathie gegenüber Russland und in der Folge Versuche, eher exzentrische Bündnisse mit Litauen, der Ukraine, Moldau und Georgien einzugehen. Nicht zu sehen sind dagegen deutliche Vorschläge, sich der Welt zu öffnen. Darüber hinaus wird die polnische Politik entschieden proamerikanischer, insbesondere wenn in Washington die Republikaner wieder die Macht übernehmen sollten.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2015 berechtigen uns zurzeit nicht zu der Feststellung, dass Polen eine ähnliches antiliberales Fieber erlebt wie Ungarn unter Orbán, dafür gibt es meiner Überzeugung nach keine stichhaltigen Gründe, und auch die nostalgischen Gefühle in Hinblick auf die Reaktivierung der polnischen Diaspora in den Nachbarländern sind schwächer als in Ungarn und bei den Beziehungen Ungarns zu den Landsleuten in den Nachbarländern. Unübersehbar ist jedoch die enorme mobilisierende Effektivität von *PiS*, die bisher zur Opposition gehörte, und die Begabung, die Meinungen der Menschen über die Wirklichkeit zu

verändern, sogar wenn objektive Daten etwas anderes kommunizieren.

Eine überprüfenswerte Hypothese ist, dass die Polen nach 25 Jahren praktizierter (vielleicht nicht perfekter, aber immerhin) Demokratie ihr Verhältnis zu zwei grundlegenden Werten verändert haben – zur Freiheit und zur Gleichheit. Erstere wurde uns zur Alltäglichkeit; wir haben aufgehört, sie wertzuschätzen und zu pflegen, vielmehr betrachten wir sie als dauerhaft und aus unserer politischen Landschaft nicht entfernbar. Manche von uns – die konservativeren und religiöseren, neigen sogar dazu zu sagen, dass es zuviel Freiheit gibt und die aus ihr abgeleiteten Veränderungen zu plötzlich eintreten. Anders verhält es sich mit der Gleichheit. Hier haben viele Polen ein Hungergefühl und das trotz zahlreicher Makroindikatoren, die zeigen, dass die Armut zurückgeht und die Einkommensungleichheiten zwischen 2002 und 2013 deutlich gesunken sind. Aber erstens ist Gleichheit vielschichtiger und zweitens naturgemäß relational. Die älteren Polen vergleichen sich damit, wie sie im real existierenden Sozialismus gelebt haben

bzw. gleich nach der Transformation mit der Situation in den Nachbarländern. Heute macht es insbesondere auf die jungen Menschen gar keinen Eindruck, dass sie deutlich besser leben als die Ukrainer, die Kroaten oder die Bulgaren und dass wir in schnellem Tempo die Ungarn und die Tschechen eingeholt und überholt haben. Sie vergleichen sich mit den Deutschen, den Niederländern und den Briten und sehen, dass die Distanz immer noch groß ist. Sie sehen das ganz richtig, aber es fehlt ihnen die angemessene Bewertung der Ontologie der Zeit, es fehlt ihnen auch die Geduld und die realistische Einschätzung, was man in 25 Jahren vollbringen kann – auch wenn es für Polen außergewöhnlich erfolgreiche Jahre waren, was ihnen sicherlich später deutlich werden wird.

Folglich lauten die polnischen Fragen für die nächste Zukunft: Wird die neue Regierung mit dem von einem Teil der Polen schmerzhaft empfundenen Gefühl der Ungleichheit zurechtkommen (und wie) und – die wichtigste Frage – sehnen wir uns nach Freiheit?

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

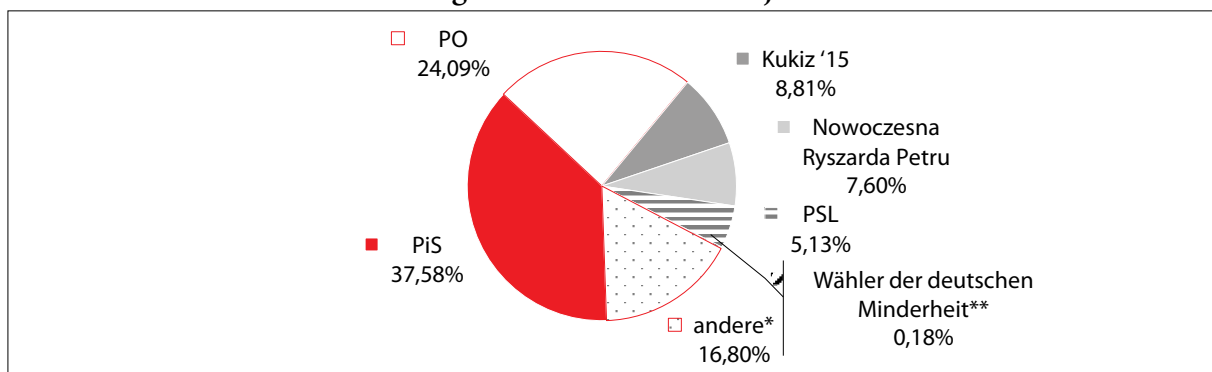
Über den Autor

Prof. Dr. Radosław Markowski, Politologe, ist Direktor des Center for the Study of Democracy an der University of Social Sciences and Humanities in Warschau und Forschungsleiter der mit dem Institut für Politikwissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften assoziierten Allgemeinen Polnischen Wahlstudie (Polskie Generalne Studium Wyborcze). Seine komparativ ausgerichteten Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Demokratisierungsprozesse, Parteiensysteme und Wählerschaften.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Ergebnisse der Sejm- und Senatswahl 2015

Grafik 1: Polen: Stimmenverteilung bei den Wahlen zum Sejm 2015



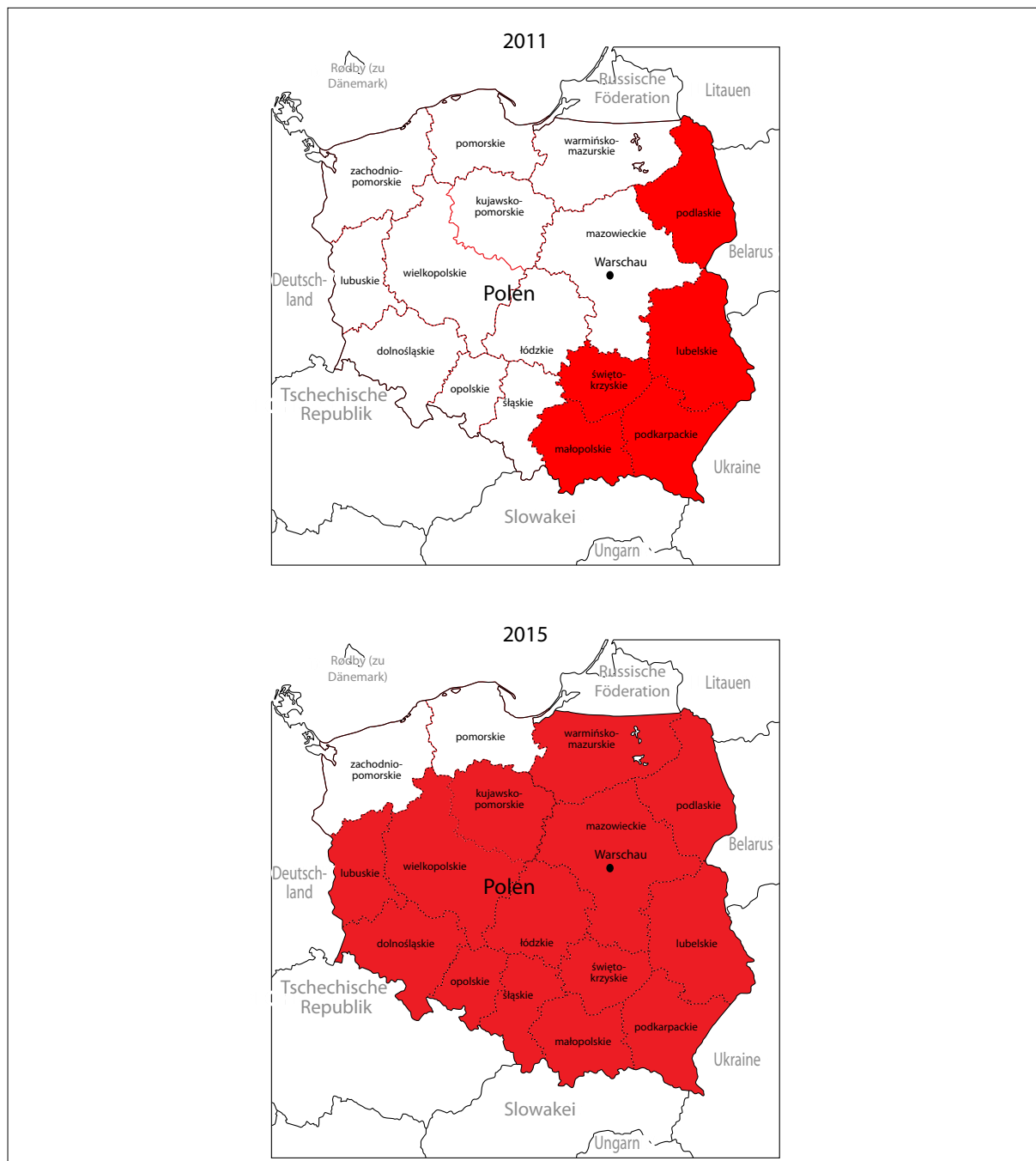
PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna Ryszarda Petru – Die Moderne von Ryszard Petru.

** andere: Parteien bzw. Parteienbündnisse, die nicht die Fünf-Prozent- bzw. die Acht-Prozent-Hürde überwunden haben.*

*** Bei Parteien von Minderheiten gilt keine Prozenthürde.*

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]; <http://www.parlament2015.pkw.gov.pl/349_Wyniki_Sejm/0/1> (abgerufen am 02.11.2015)

Grafik 2: Wahlsieger nach Woiwodschaften, Parlamentswahlen 2011 und 2015

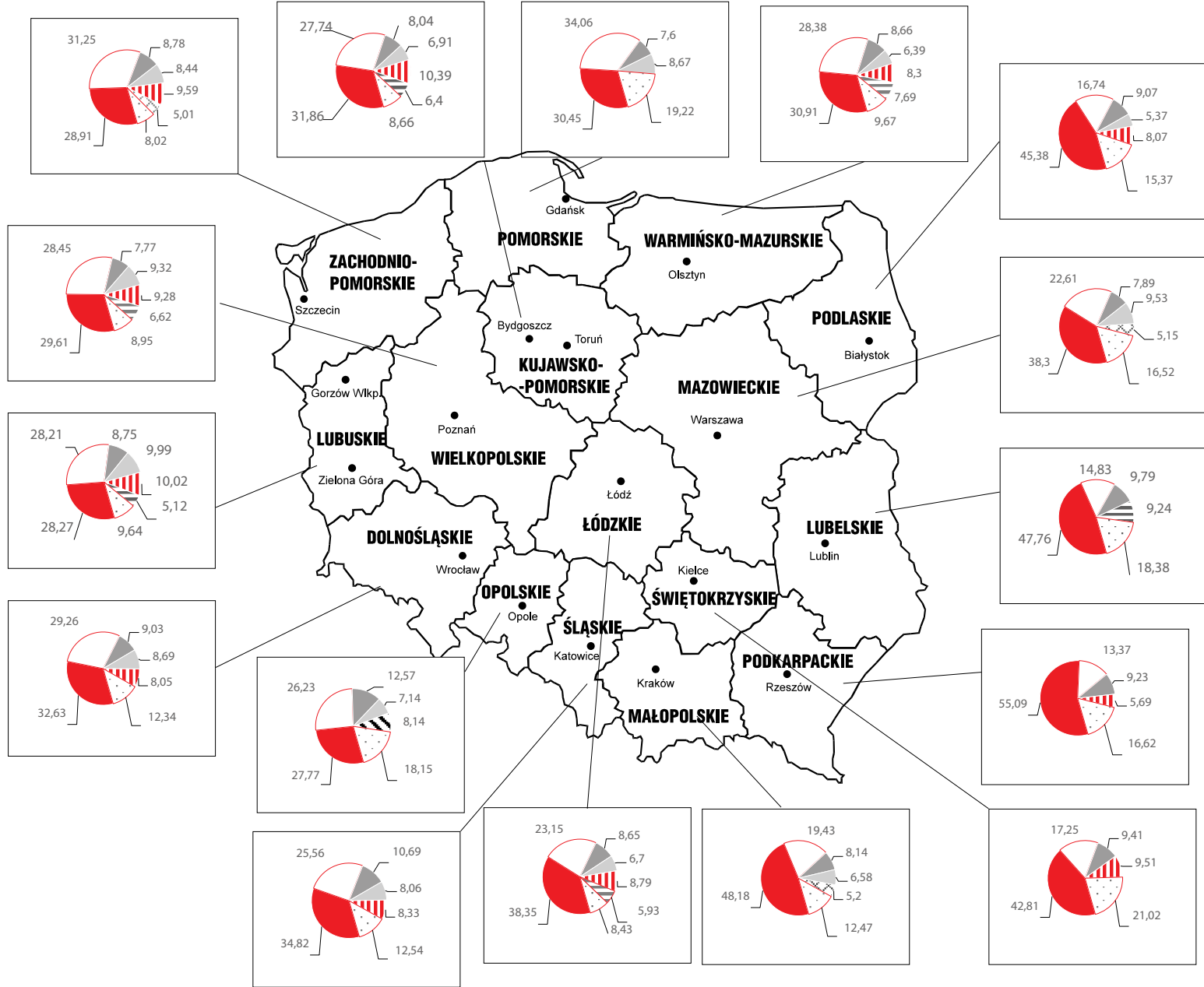


- Region, in der PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit die Mehrheit erreicht hat
- Region, in der PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform die Mehrheit erreicht hat

Dolnośląskie: Niederschlesien; kujawsko-pomorskie: Kujawien-Pommern; łódzkie: Lodz; lubelskie: Lublin; lubuskie: Lebus; małopolskie: Kleinpolen; mazowieckie: Masowien; opolskie: Oppeln; podkarpackie: Vorkarpaten; podlaskie: Podlachien; pomorskie: Pommern; śląskie: Schlesien; świętokrzyskie: Heiligkreuz; warmińsko-mazurskie: Ermland-Masuren; wielkopolskie: Großpolen; zachodnio-pomorskie: Westpommern.

Quelle: 2011: http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114873,10440295,Wybory_2011_PiS_stracil_dwa_województwa_INFOGRAFIKA_.html; 2015: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]; <http://www.parlament2015.pkw.gov.pl> (abgerufen am 02.11.2015); Karte: <http://english.freemap.jp/>, angepasst durch die Redaktion der Polen-Analysen.

Grafik 3: Stimmenverteilung bei den Wahlen zum Sejm nach Woiwodschaften 2015 (in %)

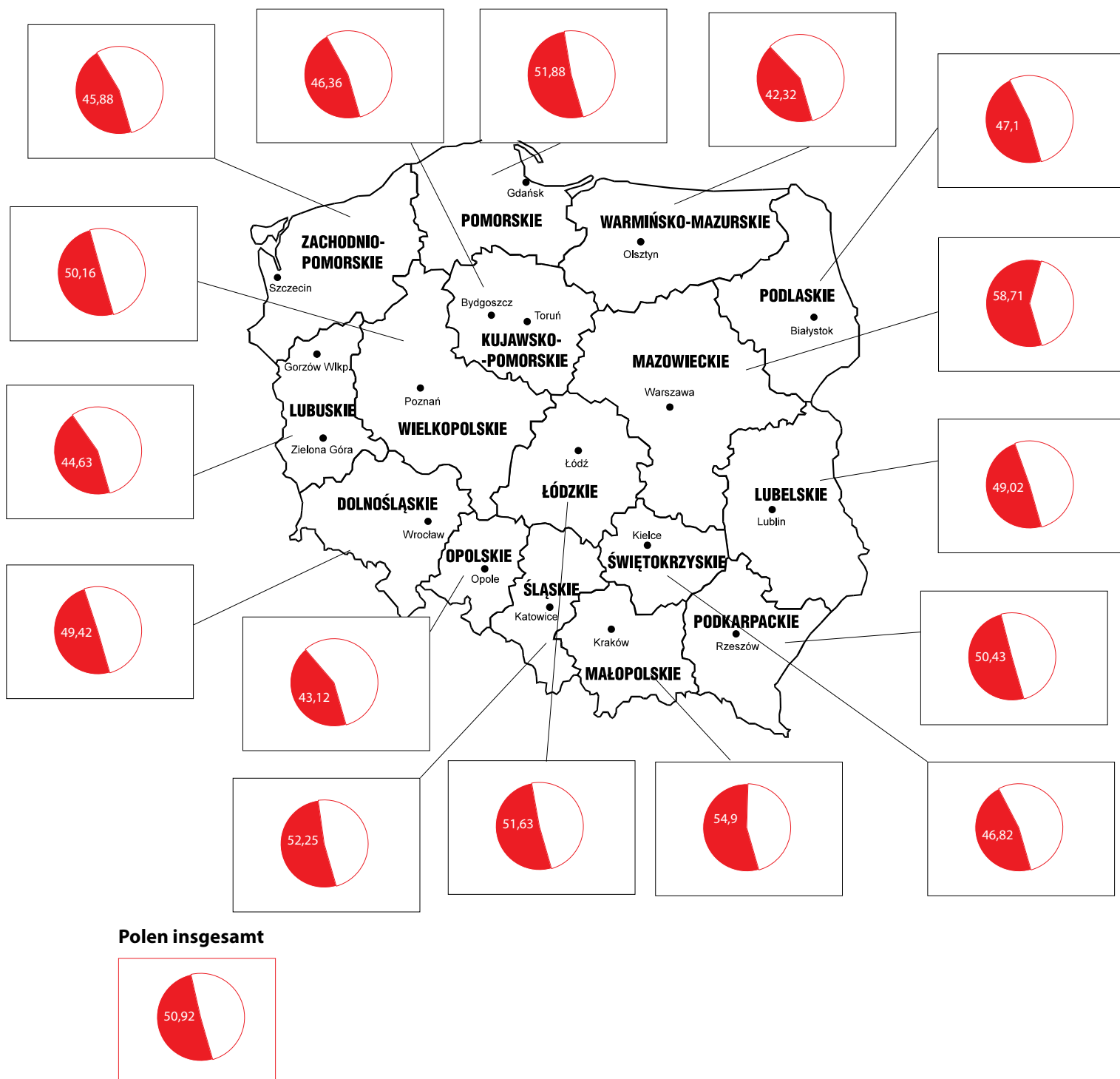


- PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit
- PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform
- Kukiz '15
- Nowoczesna Ryszarda Petru – Die Moderne von Ryszard Petru
- PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei
- Wähler der Deutschen Minderheit
- Zjednoczona Lewica – Vereinigte Linke (das sind: SLD/ Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz, TR/Twój Ruch – Deine Bewegung, PPS/Polska Partia Socjalistyczna – Polnische Sozialistische Partei, UP/Unia Pracy – Arbeitsunion, Zieloni – Die Grünen)
- KORWIN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung
- andere (Parteien bzw. Parteienbündnisse, die nicht die Fünf-Prozent- bzw. die Acht-Prozent-Hürde überwunden haben.)

Anmerkung: Aufgenommen wurden die Parteien und -bündnisse, die regional die Fünf-Prozent- bzw. die Acht-Prozent-Hürde überschritten haben, was nicht notwendigerweise bedeutet, dass dies auch landesweit der Fall war.

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]; <<http://www.parlament2015.pkw.gov.pl>> (abgerufen am 02.11.2015); Karte: CBOS, BS/13/99, Warszawa, styczeń '99, <<http://www.cbos.pl>>

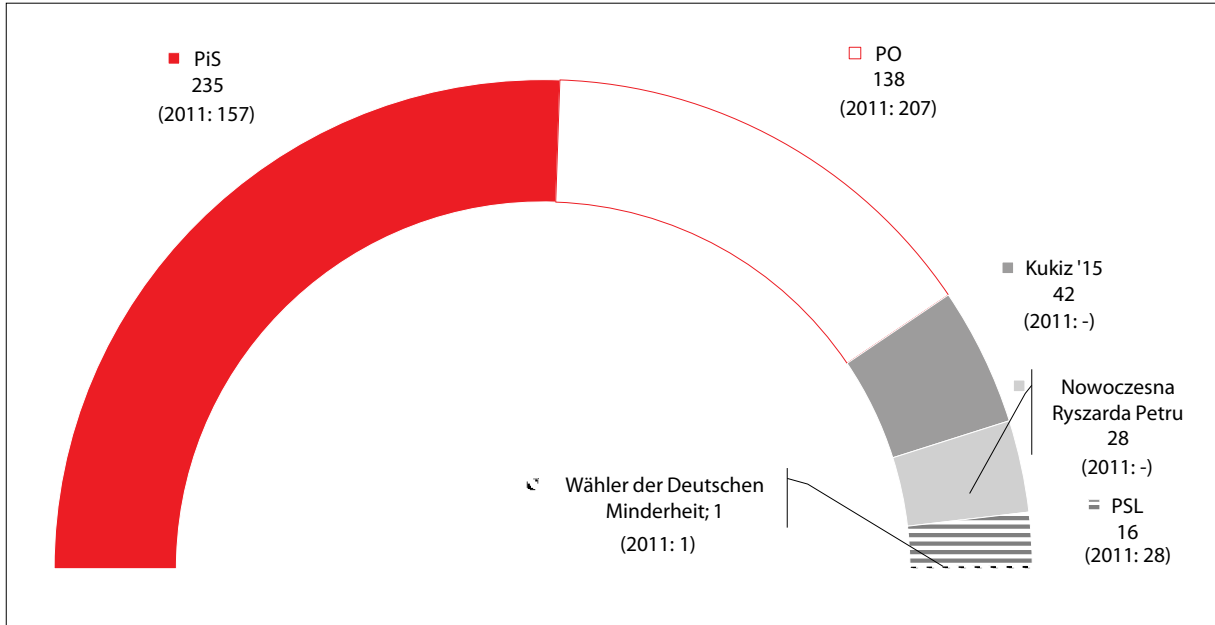
Grafik 4: Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Sejm nach Woiwodschaften 2015 (in %)



Quelle für die Daten: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]; <<http://www.parlament2015.pkw.gov.pl>> (abgerufen am 02.11.2015)

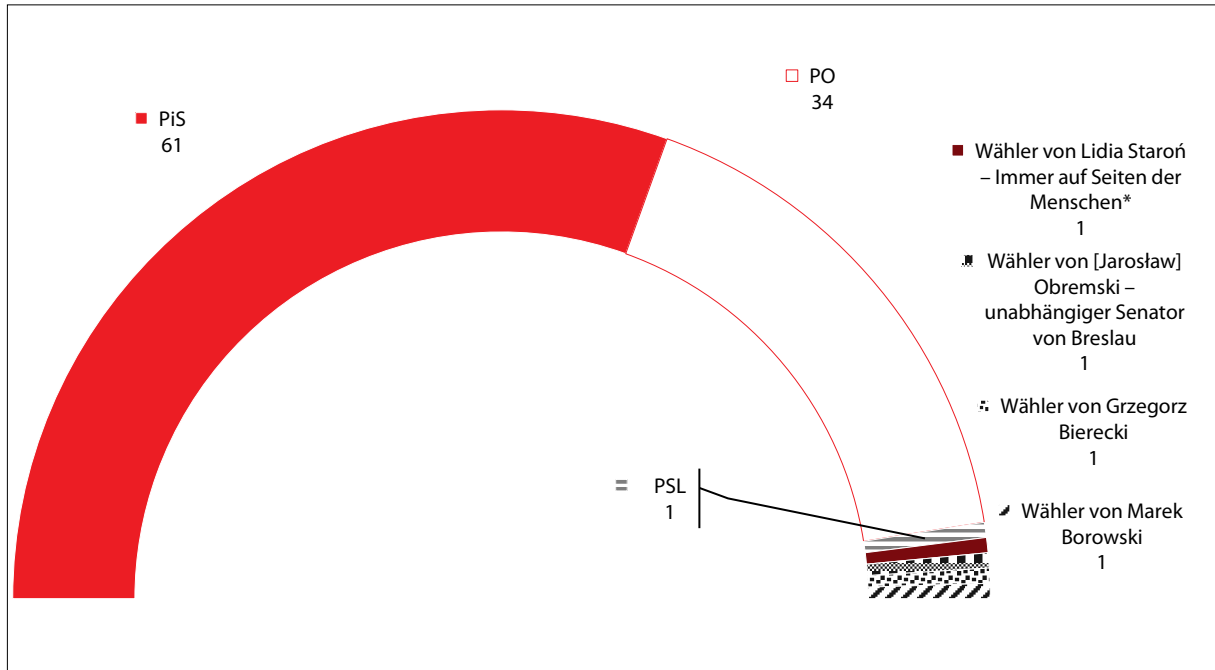
Quelle für die Karte: CBOS, BS/13/99, Warszawa, styczeń '99, <<http://www.cbos.pl>>

Grafik 5: Die Sitzverteilung im Sejm (Wahlbeteiligung: 50,92 %)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit, PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, Nowoczesna Ryszarda Petru – Die Moderne von Ryszard Petru, PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei
 Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]; <http://www.parlament2015.pkw.gov.pl/349_Wyniki_Sejm/0/1> (abgerufen am 02.11.2015).

Grafik 6: Die Sitzverteilung im Senat (Wahlbeteiligung: 50,91 %)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit, PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei
 *Komitet Wyborczy Wyborców Lidia Staroń – Zawsze po stronie ludzi
 Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]; <http://www.parlament2015.pkw.gov.pl/351_Wyniki_Senat> (abgerufen am 2.11.2015).

CHRONIK

20. Oktober 2015 – 9. November 2015

20.10.2015	Die Regierung verabschiedet das Programm für die Nationale Stadtentwicklung (Krajowa Polityka Miejska) bis zum Jahr 2023. Zu seinen zehn Schwerpunkten gehören Reduzierung der Suburbanisierung und Förderung der kompakten Stadt, Investitionen zur Umwandlung ehemaliger Industrieflächen, Beteiligung der Bürger an der Stadtentwicklung und der ausgewogene Einsatz von Flächen, Wasser und Energie.
21.10.2015	Nach aktuellen Daten der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) stieg im Jahr 2014 die Anzahl der Arbeitsplätze um 70.000, die meisten neu entstandenen Stellen richteten sich an Personen ohne Hochschulbildung. Durchschnittlich dauert die Suche nach einer Arbeitsstelle 13 Monate, was die Experten der NBP auch auf die gestiegenen Ansprüche an den Arbeitsplatz zurückführen.
22.10.2015	In seiner Bewertung der Entwicklung der Landwirtschaft in den Jahren 2007 bis 2015 stellt Landwirtschaftsminister Marek Sawicki heraus, dass die landwirtschaftliche Produktion um 30 % angestiegen sei. Auf EU-Ebene nehme Polen den ersten Platz bei der Zucht von Geflügelfleisch und dem Anbau von Äpfeln ein, den zweiten Platz bei Hafer und Roggen und stehe an dritter Stelle bei Kartoffeln und Zuckerrüben. In diesem Zeitraum seien die Mittel des Programms zur Entwicklung ländlicher Gebiete zu einhundert Prozent genutzt worden, was eine Auszahlungssumme von 69 Mrd. Zloty für insgesamt 1,1 Mio. Begünstigte bedeutet.
23.10.2015	In einer Fernsehansprache ruft Präsident Andrzej Duda die Wähler dazu auf, an den Parlamentswahlen am kommenden Sonntag teilzunehmen. Jede Regierung brauche ein starkes gesellschaftliches Mandat, um Veränderungen durchzuführen, die für das Land gut sind. Die Wähler mögen sich vor der Wahl damit auseinandersetzen, wie Polen heute sei und wie es in Zukunft sein solle. Er hoffe darauf, dass nach der Wahl die Differenzen zwischen dessen überwunden werden, was die Polen verbindet, so Duda.
24.10.2015	Einen Tag vor den Parlamentswahlen ist der Wahlkampf in Polen laut Wahlgesetz verboten. Missachtung wird mit Geldstrafe geahndet. Für die Veröffentlichung von Wahlumfragen drohen Strafen in Höhe von 500.000 bis zu 1 Mio. Zloty.
25.10.2015	In Polen finden die Parlamentswahlen statt. Nach Angaben der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) beträgt die Wahlbeteiligung um 17.00 Uhr 39,97 %.
26.10.2015	Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) gibt die Stimmenverteilung in den Parlamentswahlen vom Vortag bekannt. Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) – 37,58 %, Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) – 24,09 %, Kukiz '15 – 8,81 %, Die Moderne von Ryszard Petru (Nowoczesna Ryszarda Petru) – 7,60 %, Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) – 5,13 %, Deutsche Minderheit (Mniejszość Niemiecka) – 0,18 %. Nicht im Sejm vertreten sind die Vereinigte Linke (Zjednoczona Lewica) – 7,55 %, KORWiN – 4,76 %, Gemeinsam (Razem) – 4,76 %.
27.10.2015	Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) gibt die Sitzverteilung im Senat nach den Parlamentswahlen am vergangenen Sonntag bekannt: Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) – 61 Sitze, Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) – 34 Sitze, Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) – 1 Sitz sowie jeweils 1 Sitz für die Wahlinitiativen: Wähler von Lidia Staroń, Wähler von Obremski, Wähler von Grzegorz Bierecki, Wähler von Marek Borowski.
28.10.2015	Die Vorsitzende von Deine Bewegung (Twój Ruch) und des Parteienbündnisses Vereinigte Linke (Zjednoczona Lewica), Barbara Nowacka, führt das schlechte Abschneiden des Wahlbündnisses bei den Parlamentswahlen in der vergangenen Woche auf ein Erstarken des rechten Lagers und des Nationalismus in der Europäischen Union sowie auf den wachsenden Skeptizismus gegenüber der EU und ihren Werten zurück. Die Vereinigte Linke war an der für Parteienbündnisse geltenden 8-Prozent-Hürde gescheitert und zieht nicht in den neuen Sejm ein.
29.10.2015	Landwirtschaftsminister Marek Sawicki (Polnische Bauernpartei/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) teilt in einem Radiointerview mit, dass er nicht für den Parteivorsitz kandidieren werde, sollte Parteichef Janusz Piechociński auf sein Amt verzichten oder abgewählt werden, und spricht sich für einen Kandidaten aus der jüngeren Generation aus. Hintergrund sind das schlechte Abschneiden der PSL bei den Parlamentswahlen in der vergangenen Woche und die Vorstandssitzung in der kommenden Woche, bei der über Konsequenzen entschieden werden soll.
30.10.2015	Die Pressesprecherin von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Elżbieta Witek, bestätigt ein Treffen der Partei- und Fraktionsspitze mit Präsident Andrzej Duda, an dem Parteivorsitzender Jarosław Kaczyński, sein Stellvertreter Adam Lipiński, der Fraktionsvorsitzende Mariusz Błaszczak und der Chef des Exekutivkomitees, Joachim Brudziński, teilgenommen haben. Thematisiert wurde die bevorstehende erste Sitzung des neu gewählten Sejm. Nicht eingeladen war die Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin der Parlamentswahlen in der letzten Woche, Beata Szydło.

02.11.2015	In einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« spricht sich Witold Waszczykowski, Abgeordneter von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), für die Umsetzung der polnischen Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik aus. Polen dürfe seine Außenpolitik nicht einem anderen Staat unterordnen. Die Vorstellung des ehemaligen Außenminister Radosław Sikorski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), dass eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland Polen ins Entscheidungszentrum der EU führen werde, habe sich als Irrtum erwiesen, da Polen weder bei der Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts noch bei der Lösung der Flüchtlingskrise noch bei Entscheidungen über die Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligt sei.
03.11.2015	Präsident Andrzej Duda und sein rumänischer Amtskollege Klaus Johannis sprechen sich in einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bukarest (Rumänien) dafür aus, die Präsenz der NATO in den Ländern der NATO-Ostflanke zu verstärken. Dazu gehörten die verstärkte rotierende Anwesenheit von NATO-Einheiten und die Einrichtung ständiger Basen.
04.11.2015	In Bukarest (Rumänien) eröffnen die Präsidenten Klaus Johannis und Andrzej Duda den sogenannten Mini-gipfel der NATO, an dem die Präsidenten von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei, Ungarn, der Präsident des tschechischen Abgeordnetenhauses und der stellvertretende Generalsekretär der NATO teilnehmen. Der Gipfel der Staaten aus Ostmitteleuropa dient der Vorbereitung des NATO-Gipfels in Polen im kommenden Jahr. Duda mahnt mit Blick auf die Forderung nach ständiger NATO-Präsenz in dieser Region, dass auf dem Gipfel 2016 Entscheidungen getroffen werden müssten. Die in Bukarest versammelten NATO-Partner träten aufgrund ähnlicher historischer Erfahrungen und aktueller Interessen als Gemeinschaft auf.
05.11.2015	Bundeskanzlerin Angela Merkel dankt der scheidenden Ministerpräsidentin Ewa Kopacz telefonisch für die sehr gute und intensive Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union sowie auf bilateraler Ebene. Beide heben die sehr guten Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und deren Entwicklung in den vergangenen Jahren hervor.
06.11.2015	Nach der Bekanntgabe des Termins der ersten Sejmsitzung des neu gewählten Parlaments am 12. November appelliert Ministerpräsidentin Ewa Kopacz an Präsident Andrzej Duda, am gleichzeitig stattfindenden informellen EU-Gipfel zur Flüchtlingskrise in Malta teilzunehmen, da sie im Sejm laut Verfassung den Rücktritt ihrer Regierung verkünden müsse. Kopacz äußert die Sorge, dass das Symbol der polnischen Diplomatie auf dem Gipfel ein leerer Stuhl sein werde und Polen nur als Beobachter an der Diskussion zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik teilnehmen werde. Sie bekräftigt die Haltung Polens, nur Flüchtlinge im Land aufzunehmen, die kein Sicherheitsproblem darstellen würden.
07.11.2015	Der Haupttrat (Rada Naczelna) der Polnischen Bauernpartei (Polkie Stronnictwo Ludowe – PSL) wählt den noch amtierenden Arbeitsminister Władysław Kosiniak-Kamysz zum neuen Parteivorsitzenden. Er löst Janusz Piechociński ab. Kosiniak-Kamysz spricht sich für eine Öffnung der PSL gegenüber sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen aus, die nicht notwendig im ländlichen Raum verankert sein müssen.
09.11.2015	Präsident Andrzej Duda wird von Papst Franziskus im Vatikan zu einer Audienz empfangen. Anschließend werden polnischen Geistlichen, die im Vatikan tätig sind, von Duda Auszeichnungen verliehen.
09.11.2015	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, und seine Stellvertreterin, Beata Szydło, stellen die Kandidaten für die neue Regierung unter Ministerpräsidentin Szydło vor. Vorgeschlagen werden Mariusz Błaszczak – Innenminister, Witold Waszczykowski – Außenminister, Antoni Macierewicz – Verteidigungsminister, Zbigniew Ziobro – Justizminister, Paweł Szałamacha – Finanzminister, Mateusz Morawiecki – Ministerium für Wirtschaft und Regionale Entwicklung, Mariusz Kamiński – Koordinator für die Geheimdienste.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2015 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen